

**NIEDERSACHSEN
GESTALTEN
WIR.**

DGB

ZUKUNFT



jetzt.

Gewerkschaftliche Positionen
zur Landtagswahl in Niedersachsen 2022

#rechnetmituns

Inhalt

- 2 Für Gute Arbeit und mehr Tarifbindung in Niedersachsen.
- 3 Für eine sozial-ökologische Transformation in Niedersachsen.
- 4 Für Investitionen in ein zukunftsfähiges Niedersachsen.
- 5 Für bezahlbaren Wohnraum und ein lebenswertes Niedersachsen.
- 6 Für nachhaltige Mobilität in Niedersachsen.
- 7 Für gute Bildung in Niedersachsen – von Anfang an.
- 8 Für verlässliche Unterrichtsversorgung in Niedersachsen.
- 9 Für eine gute berufliche Bildung in Niedersachsen.
- 10 Für zukunftsfeste Hochschulen in Niedersachsen.
- 11 Für einen attraktiven öffentlichen Dienst in Niedersachsen.
- 12 Für Gleichstellung und ein diskriminierungsfreies Niedersachsen.
- 13 Für ein starkes Gesundheitssystem und gute Pflege in Niedersachsen.
- 14 Für ein Niedersachsen der Diversität und Weltoffenheit.
- 15 Für ein sicheres und gemeinwohlorientiertes Niedersachsen.
- 16 Für einen sozialen Arbeitsmarkt in Niedersachsen.
- 17 Für Qualifizierung und Weiterbildung in Niedersachsen.
- 18 Für Klimaschutz und gesunde Wälder in Niedersachsen.
- 19 Für ein starkes Ehrenamt in Niedersachsen.

VORWORT

Niedersachsen gestalten wir.

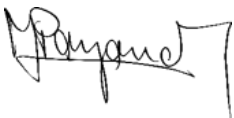
Die Menschen in Niedersachsen haben am 9. Oktober 2022 die Wahl. Auf die künftige Landesregierung kommen erhebliche Herausforderungen zu: Die Stärkung der Tarifbindung für Gute Arbeit in unserem Land steht dabei ebenso im Fokus wie die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation und Notwendigkeit massiver Investitionen für ein lebenswertes Niedersachsen. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden weiter im Zentrum der Aufgaben der neuen Landesregierung stehen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Niedersachsen und seine acht Mitgliedsgewerkschaften haben klare Positionen erarbeitet und legen Handlungsempfehlungen vor, um diese und andere Zukunftsfragen lösen zu können. Wir werden die Politik in den

kommenden Jahren kritisch und konstruktiv begleiten und mischen uns ein. Denn nötig ist eine Politik, die die Interessen der hart arbeitenden Menschen und ihrer Familien in den Mittelpunkt rückt und Perspektiven eröffnet, die über den Zyklus von Landtagswahlen hinausgehen. Wir brauchen tiefgreifende Veränderungen, um Klimaschutz in einer friedlichen und weltoffenen Gesellschaft endlich wirksam sicherzustellen.

Mit unseren Vorschlägen geben wir Orientierung und möchten Debatten anstoßen. Es steht viel auf dem Spiel und eine breite demokratische Beteiligung an den Landtagswahlen muss das oberste Ziel aller zivilgesellschaftlichen Kräfte sein. Denn wir wollen eine Gesellschaft für alle – nicht für wenige.

#rechnetmituns



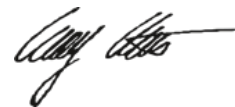
Dr. Mehrdad Payandeh

DGB-Bezirksvorsitzender
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt



Eckhard Stoermer

Regionalleiter
IG BAU Niedersachsen



Ralf Becker

Landesbezirksleiter
IG BCE Nord



Joachim Plank

Geschäftsstellenleiter
EVG Nord



Sabine Kiel

Stellv. Landesvorsitzende
GEW Niedersachsen



Thorsten Gröger

Bezirksvorsitzender
IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt



Finn Petersen

Landesbezirksvorsitzender
NGG Nord



Dietmar Schilff

Landesvorsitzender
GdP Niedersachsen



Detlef Ahting

Landesbezirksleiter
ver.di Niedersachsen-Bremen

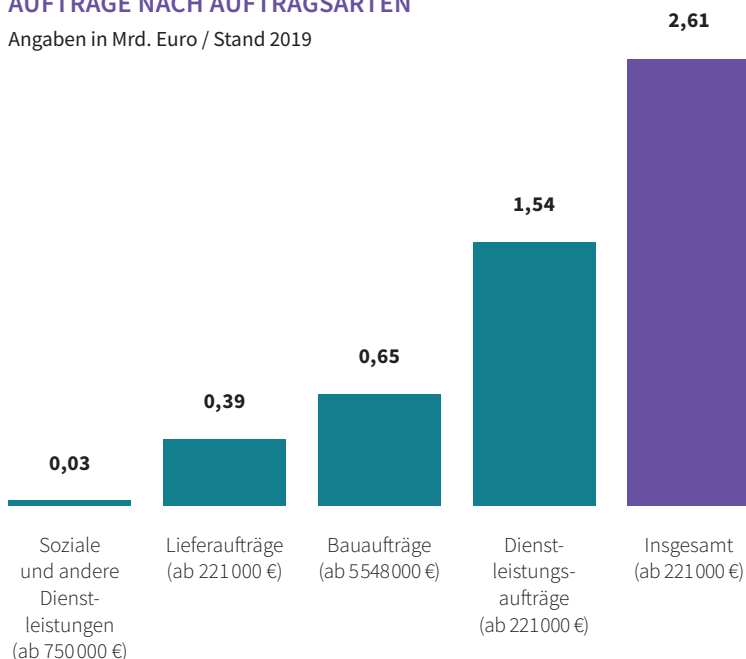
Für Gute Arbeit und mehr Tarifbindung in Niedersachsen.

Zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelte Tarifverträge gewährleisten, dass Beschäftigte und Betriebe gleichermaßen am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben. Dieses Kernstück unserer Wirtschafts- und Sozialordnung ist zunehmend brüchig geworden, weil sich viele Arbeitgeber durch Tariffucht ihrer Verantwortung entziehen. In Niedersachsen sind nur noch 54 Prozent der Arbeitsverhältnisse tariflich abgesichert. Gleichzeitig liegt die Anzahl prekärer Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs und Befristungen immer noch auf hohem Niveau. Dadurch wird der Wettbewerb häufig nicht über Produktivität und innovative Ideen, sondern über Lohndumping ausgetragen.

Dies wird für alle fairen Arbeitgeber, die sich an Tarifverträge halten, zum Problem. Denn langfristig vermindert sich hierdurch die Wettbewerbsfähigkeit und die Fachkräftebasis erodiert. Auch der Allgemeinheit entsteht ein riesiger Schaden: Allein in Niedersachsen belaufen sich die Ausfälle bei der Einkommensteuer auf 3 Mrd. Euro, die Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungen betragen 4,6 Mrd. Euro. Das Land muss dringend seine Impulskraft nutzen, um Gute Arbeit zu stärken. Jedes Jahr werden in Niedersachsen öffentliche Aufträge und Fördergelder im Milliardenbereich an die Privatwirtschaft vergeben. Der Staat ist kein beliebiger Marktteilnehmer: Dort, wo öffentliches Geld fließt, müssen branchenspezifische Tarifverträge gelten!

WERT DER VOM LAND NIEDERSACHSEN VERGEBENEN AUFTRÄGE NACH AUFTRAGSARTEN

Angaben in Mrd. Euro / Stand 2019



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2020; eigene Darstellung

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

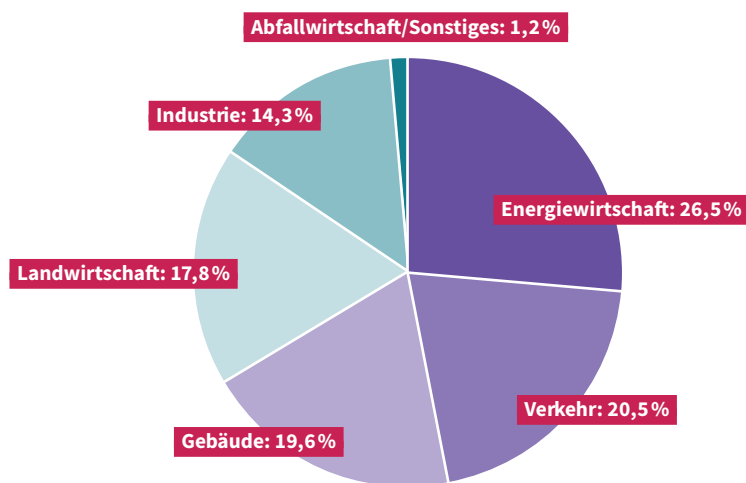
- **Tariftreue- und Vergabegesetz:** Umfassend novellieren – Tariftreue in der gesamten öffentlichen Auftragsvergabe einführen (Grundlage bei der Vergabe bilden die jeweils gültigen branchenspezifischen Tarifverträge), Schwellenwert halbieren, Subunternehmerketten strikt begrenzen, Anwendungsbereich auf Empfänger*innen von Subventionen (nach § 99 Abs. 4 GWB) ausdehnen, eindeutig nachvollziehbare Prüfungsquote einführen sowie Landeskontrollstelle einrichten.
- **Förderkriterien:** Nur noch Fördermittel an Unternehmen geben, die branchenspezifische Tarifverträge anwenden, Höchstquoten bei Leiharbeit und Werkverträgen einhalten und sich an die Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes halten.
- **Gewerbeaufsicht:** Personalausstattung der Gewerbeaufsichtsämter durch das Land verbessern, damit diese ihren gesetzlich zugewiesenen Kontrollfunktionen nachkommen können.
- **Mobile Beschäftigung:** Saisonarbeiter*innen und andere mobile Beschäftigte vor Ausbeutung schützen und niedersächsisches Beratungsnetzwerk verstetigen und ausbauen.
- **Sonn- und Feiertagsarbeit:** Sonn- und Feiertagschutz gegen Angriffe verteidigen und mit Blick auf den Handel auf eine nachhaltige Entwicklung der Innenstädte, Quartiere und Ortskerne setzen.
- **Bundesratsinitiative Gute Arbeit:** Im Bundesrat initiativ werden, um Bundesregelungen entscheidend zu verbessern, etwa zu Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (AVE) oder im Kampf gegen prekäre Beschäftigung (u. a. Abschaffung sachgrundloser Befristung, Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro, Eindämmung des Missbrauchs von Werkverträgen und Solo-Selbstständigkeit).

Für eine sozial-ökologische Transformation in Niedersachsen.

Klimawandel, Globalisierung, Digitalisierung und Demografie waren bereits vor Corona grundlegende Herausforderungen. Die Wirtschaft muss nachhaltig aufgestellt werden, damit Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze erhalten bleiben bzw. neu geschaffen werden. Die Dekarbonisierung ist dabei die herausragende Aufgabe unserer Zeit. Niedersachsen kann mit seinen Potentialen bei Energieerzeugung und -verbrauch, seinen innovativen Branchen und Betrieben zum Vorzeigeland für eine gelungene sozial-ökologische Transformation mit internationaler Strahlkraft werden. Dies gelingt aber nur mit mutigen Zukunftsinvestitionen in die notwendige Infrastruktur und der richtigen Rahmensetzung etwa für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien oder auch den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft.

Denn wichtig ist: Es sollten nicht nur ambitionierte Klimaziele aufgestellt werden, sie müssen auch erreicht werden. Dazu brauchen wir eine aktive Struktur- und Industriepolitik, die angesichts der zunehmenden Transformationsdynamik in der Lage ist, über Ressortgrenzen hinweg ambitionierte Großprojekte umzusetzen, um den Hochlauf von Zukunftstechnologien und -branchen voranzutreiben. Grundbedingung dabei ist ein gerechter Wandel, der auf Gute Arbeit, Tarifbindung, Mitbestimmung und Beschäftigungssicherung setzt. Denn die sozial-ökologische Transformation wird nur mit den Beschäftigten gelingen!

ANTEILE DER SEKTOREN AN DEN GESAMTEMISSIONEN IN NIEDERSACHSEN



Quelle: Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder, LAK Energiebilanz nach Energiewendebericht 2020 des Nds. Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz; eigene Darstellung

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Transformationsstrategie:** Konkrete Strategie unter Beteiligung der Sozialpartner und weiterer Expertise mit verbindlichen Maßnahmen, Zeitachsen und einem Monitoring (u. a. für Beschäftigung, Gute Arbeit und Sozialverträglichkeit) aufstellen.
- **Potenzialanalyse:** Eine Chancen- und Risikoabschätzung zum Erhalt unserer Wertschöpfungsketten mit einer Strategie zur Förderung von Zukunftstechnologien verbinden.
- **Ziel-Energiesystem:** Mit einer konkreten und verlässlichen Zielbetrachtung für Niedersachsen den erforderlichen Ausbau von Energieerzeugungs- und Übertragungsinfrastrukturen vorantreiben.
- **Transformationsplattformen:** Mit den Sozialpartnern Qualifizierungs-, Beratungs- und Förderangebote umsetzen und flächendeckend regionale Transformationsbeiräte einführen.
- **Transformationsfonds:** Den Fonds NTransformation mit einem größerem Volumen und einer verbindlichen sozialpartnerschaftlichen Begleitung ausstatten und für andere Branchen mit Transformationsdruck öffnen.
- **Landesprogramme:** Landesmittel u. a. als Investitionszuschüsse für den klimafreundlichen Anlagenbau bereitstellen.
- **Förder-, Vergabe- und Beschaffungskriterien:** Öffentliche Förderung umfassend an Kriterien der Beschäftigungssicherung binden, öffentliche Beschaffung und Vergabe in Niedersachsen an ökologische Kriterien koppeln.
- **Landesgesellschaft für Transformation und Energiewende:** Über eine landeseigene Gesellschaft die notwendigen öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur absichern und Angebote an Kommunen richten.
- **Verfahrensbeschleunigung:** Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie Gewerbeaufsichtsämter personell stärken und damit Verfahren beschleunigen.
- **Landesverwaltung:** Mit gutem Beispiel vorangehen und selbst schnellstmöglich klimaneutral werden.
- **Rohstoffversorgung:** Einen Austauschprozess mit Sozialpartnern und Umweltverbänden initiieren, um eine sinnvolle und nachhaltige Nutzung heimischer Rohstoffe mit verbindlichen sozialen und ökologischen Kriterien zu gewährleisten.
- **Mittelakquise:** Mit einer zentral gebündelten Strategie proaktiv auf Regionen und Akteur*innen zugehen, um mit diesen gemeinsam Mittel des Bundes und der EU einzuwerben.

Für Investitionen in ein zukunftsfähiges Niedersachsen.

Eine moderne Infrastruktur und ein leistungsfähiges Gemeinwesen sind Grundlage für ein gutes Leben. Die Menschen haben ein Anrecht auf gute Kitas, Schulen und Universitäten, hochwertige Krankenhäuser, funktionierende Verkehrswege, schnelles Internet, bezahlbare Wohnungen und eine intakte Umwelt. Gleichzeitig ist eine moderne Infrastruktur eine Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen. Das alles ist nicht zum Nulltarif zu haben. Aber aufgrund der fatalen Schuldenbremse wird die öffentliche Infrastruktur seit Jahren auf Verschleiß gefahren, wodurch sich beim Land Niedersachsen ein gewaltiger Investitionsstau von 12 Mrd. Euro gebildet hat. Bei wichtigen Zukunftsprojekten geht deshalb wertvolle Zeit verloren.

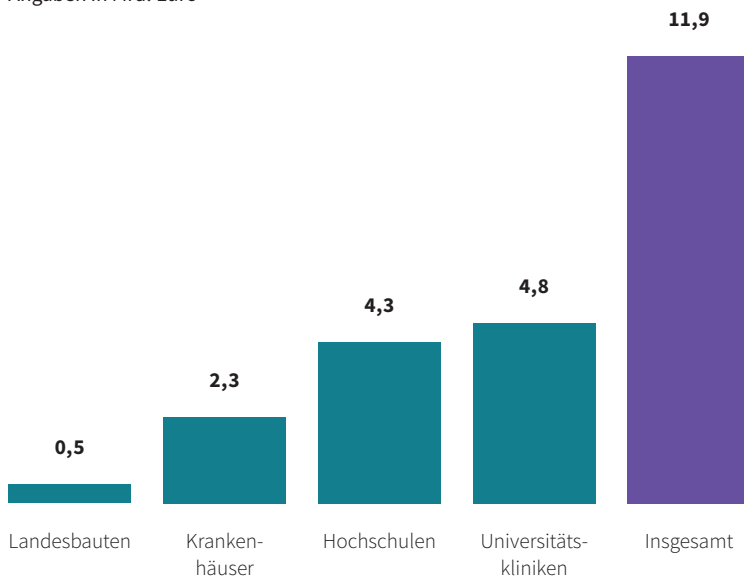
Obendrein beziffern die Kommunen ihren Investitionsrückstand auf fast 21 Mrd. Euro. Da vor diesem Hintergrund die aktuellen Steuereinnahmen allein nicht ausreichen, dürfen kreditfinanzierte Investitionen kein Tabu sein. Die derzeit historisch niedrigen Zinsen sind eine optimale Rahmenbedingung, um deutlich mehr Kapital für Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren. Dies rechnet sich und ist gerecht gegenüber der jungen Generation, die weder mit einem kaputtgesparten Staatswesen noch mit den Kosten der sozial-ökologischen Transformation allein gelassen werden dürfen.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Landesinvestitionsprogramm:** Zukunftsinvestitionen, die bereits vor der Corona-Krise notwendig waren, durch eine niedersächsische Investitions offensive vorziehen.
- **NFonds:** Einen rechtlich eigenständigen niedersächsischen Investitionsfonds als Dach für die physische Investitionstätigkeit des Landes aufbauen, mit dem Kapital für Zukunftsinvestitionen demokratisch kontrolliert und mit transparenten Tilgungsplänen gehebelt wird.
- **Infrastrukturgesellschaften:** Spezifische öffentliche Gesellschaften mit klar umrissenen Investitionsfeldern (Wohnungsbau, Hochschulbau, Klimaschutz etc.) gründen, die mit Hilfe des NFonds Niedersachsens Infrastruktur modernisieren.
- **NBank:** Die Förderbank zu einer wirkungsvollen Infrastruktur- und Investitionsbank als Hausbank des NFonds weiterentwickeln.
- **Öffentlich-Öffentliche Partnerschaften:** Angebote über den NFonds an die Kommunen richten, um diese bei ihrer Investitionstätigkeit zu unterstützen.
- **Einnahmen:** Für eine solidarische Steuerpolitik eintreten, die große Vermögen, Erbschaften, Kapitaleinkünfte und hohe Einkommen stärker in die Pflicht nimmt und durch eine Gemeindefortschrittssteuer die Kommunen stärkt.

ÖFFENTLICHE INVESTITIONSBEDARFE IM BEREICH DES LANDES NIEDERSACHSEN

Angaben in Mrd. Euro



Quelle: LHK Niedersachsen 2020, Niedersächsischer LRH 2021 & LT-Drucks. 18/10092; eigene Darstellung

»Die Menschen haben ein Anrecht auf gute Kitas, Schulen und Universitäten, hochwertige Krankenhäuser, funktionierende Verkehrswege, schnelles Internet, bezahlbare Wohnungen und eine intakte Umwelt.«

Für bezahlbaren Wohnraum und ein lebenswertes Niedersachsen.

Wohnen ist ein Grundrecht. Alle Menschen brauchen einen Ort zur eigenen Entfaltung, an dem Privatsphäre und Sicherheit gewährleistet sind. Durch explodierende Mieten und Immobilienpreise wird es aber auch für Normalverdiener*innen immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Seit Jahren kennen insbesondere die Angebotsmieten nur eine Richtung: aufwärts. Das trifft viele Menschen in Niedersachsen hart, etwa die Hälfte wohnt zur Miete. In Ballungszentren sind es noch mehr und dort ist die Lage besonders dramatisch. In Hannover, Oldenburg, Göttingen, Braunschweig, Osnabrück und Wolfsburg muss rund die Hälfte aller Haushalte über 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Sie sind damit finanziell überlastet – häufig trotz ordentlicher Verdienste.

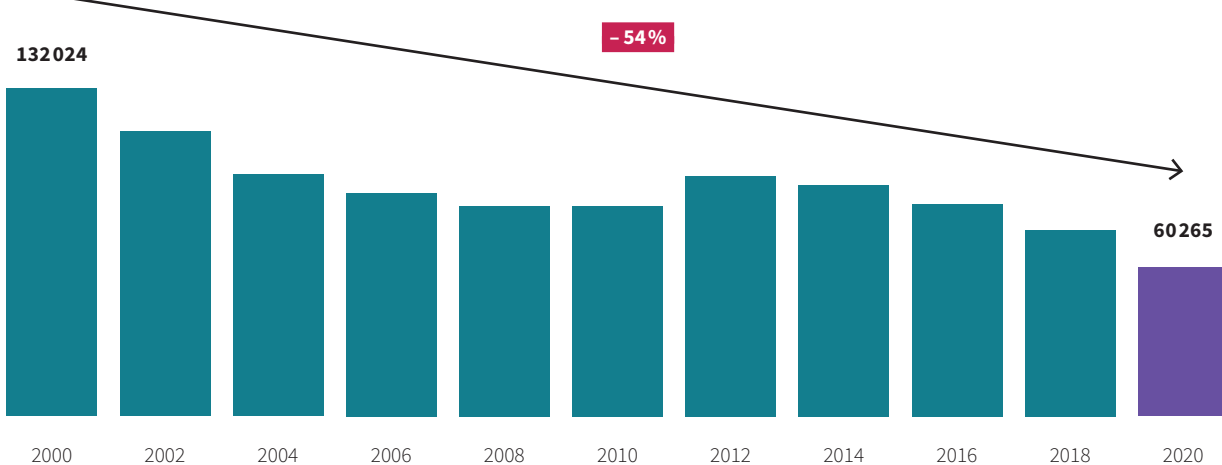
Dazu kommt, dass sich der Bestand an Sozialwohnungen in Niedersachsen in den letzten 20 Jahren mehr als halbiert hat. Angebote für Geringverdienende sind deshalb Mangelware. Die Privatisierungswellen von öffentlichen Wohnungsbeständen und Liegenschaften nach dem Motto »Der Markt regelt alles« waren ein schwerer Fehler, da es auf dem privaten Wohnungsmarkt in erster Linie um Rendite geht. Unverbindliche Ankündigungen helfen den Menschen nicht weiter. Das Land muss endlich wieder aktiv in die Wohnungsmarktpolitik einsteigen, statt den Wohnungsmarkt nur Dritten zu überlassen.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Landeswohnungsbaugesellschaft:** Landeseigene Gesellschaft gründen und damit 40 000 Wohnungen zu bezahlbaren Mieten anbieten.
- **Sozialwohnungen:** Bestand an mietpreisgebundenen Wohnungen in Niedersachsen dauerhaft um 100 000 Wohneinheiten anheben.
- **Nicht-profitorientierter Wohnungssektor:** Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften stärken und sich für eine neue Wohngemeinnützigkeit einsetzen.
- **Erbbaurecht:** Öffentliche Baugrundstücke in angespannten Wohnungsmärkten nur selbst bebauen oder durch Erbbaurecht Dritten zur Verfügung stellen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- **Bodenfonds:** Systematisch Grundstücke erwerben, erschließen und entwickeln mit Hilfe eines Bodenfonds für Kommunen, der durch das Land mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet wird.
- **Wohnungspolitisches Maßnahmenpaket:** Konkrete Schritte vorantreiben, wie eine Verlängerung der Bemessungszeiträume der Mietspiegel von vier auf zehn Jahre oder eine umfassende Förderung von sozialer Quartiersarbeit.
- **Pakt gegen Wohnungslosigkeit:** Sicherstellen, dass Wohnungslose dauerhaft eine eigene Wohnung bekommen u. a. durch mehr Projekte nach dem Housing-First-Konzept und einem zwischen Sozial- und Bauministerium koordinierten Sonderprogramm für besondere Bedarfsgruppen.

ENTWICKLUNG DES BESTANDES AN SOZIALWOHNUNGEN IN NIEDERSACHSEN

Angaben in Wohneinheiten



Quellen: BT-Drucksache 18/11403, LT-Drucksache 18/3707, BMI 2020 & 2021; eigene Darstellung

Für nachhaltige Mobilität in Niedersachsen.

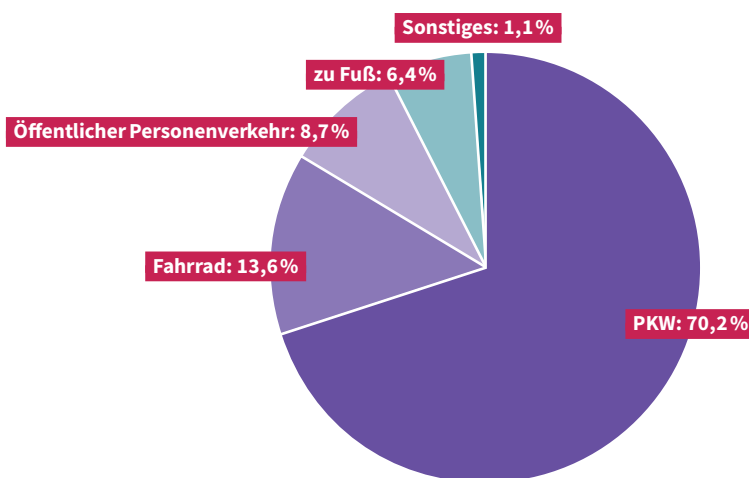
Mobilität ist für unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Nur ein funktionierendes Verkehrssystem mit einem modernen öffentlichen Personenverkehr garantiert selbstbestimmte Mobilität, um soziale Kontakte aufrechtzuerhalten und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Gleichzeitig ist die Verkehrsinfrastruktur ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor etwa mit Blick auf den Waren- und Güterverkehr. 3,7 Mio. niedersächsische Berufstätige pendeln zu ihrer Arbeit, ein Viertel davon ist für den Arbeitsweg länger als eine halbe Stunde unterwegs. Insbesondere in einem Flächenland sind die Beschäftigten auf ein modernes Verkehrssystem angewiesen, um diese Wege möglichst schnell und entspannt zu schaffen.

Der Verkehrssektor spielt auch in Sachen Klimaschutz eine große Rolle: Seit 1990 sind die Emissionen hier nahezu unverändert. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen klimaneutrale Antriebe einen wichtigen Beitrag leisten. Niedersachsen steht mit seiner innovativen Automobilindustrie in der Verantwortung. Eine Mobilitätswende muss jedoch wesentlich mehr umfassen, um den notwendigen Wandel zu ermöglichen. Nötig ist ein intelligenter Maßnahmenmix, der alle Verkehrsaspekte miteinander verbindet. Mobilität muss sowohl klimaverträglich organisiert, als auch für alle verlässlich gewährleistet werden und dabei erschwinglich bleiben.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Infrastruktur:** Investitionen in die Verkehrswege (Straßen, Brücken, Schienen, Wasser) ausweiten, Infrastruktur für Elektro- und Wasserstoffmobilität schaffen, Schienensystem ausbauen, stillgelegte Haltestellen reaktivieren, Fahrradwegenetz erweitern.
- **Mobilitätskonzepte:** Regionale Konzepte unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Akteure vorantreiben.
- **ÖPNV:** In Material, Infrastruktur, Personal und attraktive Stadtverkehrskonzepte investieren und ein landesweites Beschaffungsprogramm für klimafreundliche Antriebsarten im ÖPNV initiieren.
- **Gute Arbeit:** Tarifbindung und Kriterien Guter Arbeit in der gesamten Verkehrsbranche bei Vergabe, Ausschreibungen und Beschaffungen voraussetzen, Sozialstandards im gebündelten Bedarfsverkehr festlegen.
- **Umwelttickets:** Allen Bürger*innen ein Jahresticket anbieten, mit denen niedersachsenweit Bus und Bahn (bis auf Fernzüge) für 2 Euro am Tag (ermäßigt 1 Euro am Tag) genutzt werden können.
- **Azubi-Ticket:** Kostengünstiges, landesweites und flexibles Azubi-Ticket einführen.

VERKEHRSMITTEL AUF DEM WEG ZUR ARBEIT IN NIEDERSACHSEN



Quelle: LSN / Statistische Monatshefte 6/2018. Anm.: Betrachtet werden Daten aus 2016. Neuere Daten aus 2020 sind aus methodischen Gründen sowie des Corona-Impacts zu starken Verzerrungen unterworfen; eigene Darstellung

»Insbesondere in einem Flächenland sind die Beschäftigten auf ein modernes Verkehrssystem angewiesen, um diese Wege möglichst schnell und entspannt zu schaffen.«

Für gute Bildung in Niedersachsen – von Anfang an.

Frühkindliche Bildung ist der Grundstein für alle folgenden Bildungsschritte. Es muss deswegen massiv in eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung investiert werden und die Abwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften gestoppt werden. Denn Investitionen in Bildung lohnen sich nachweislich für das Land und die Menschen – mehr noch: Sparen bei Bildung verhindert Wohlstandsgewinne.

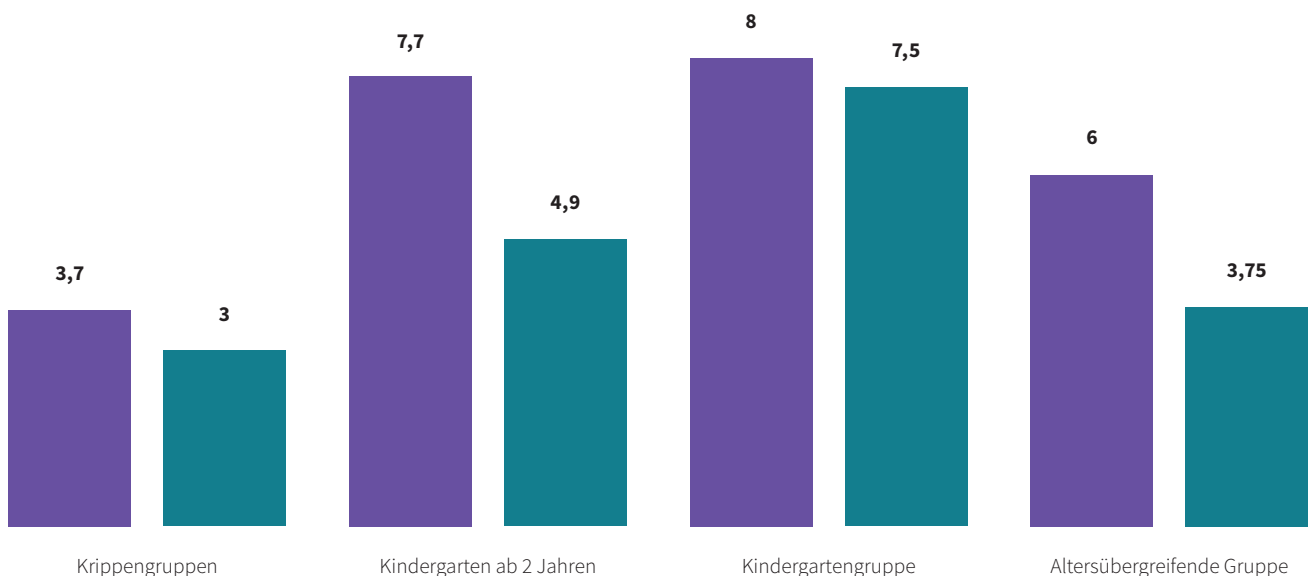
Der Fachkräftemangel von Erzieher*innen ist auch in Niedersachsen gravierend und es ist dringend nötig, auf diesen nicht nur kurzfristig, mit halbgaren Lösungen zu reagieren, sondern diesem nachhaltig mit guten Arbeitsbedingungen und wertschätzenden Perspektiven für die Beschäftigten zu begegnen. Dazu gehören ein verbesserter Fachkraft-Kind-Schlüssel, ausreichende Vor- und Nachbereitungszeiten und Kooperationszeiten, ausreichende Zeitressourcen für eine fachlich angemessene Ausbildungsbegleitung sowie für die Leitung von Kindertagesstätten. Nur dann können Kinder so begleitet und unterstützt werden, wie es aus pädagogischer Sicht richtig und notwendig wäre.

Der Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich muss multiperspektivisch angegangen werden, nur so kann der Beruf der Erzieher*innen angemessen aufgewertet und eine hochwertige Qualität der frühkindlichen Bildung gewährleistet werden.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Arbeitsbedingungen:** Im Sinne einer hohen Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern und so dem Fachkräftemangel effektiv entgegenwirken, damit die Beschäftigten ihrem Beruf nicht den Rücken zukehren.
- **Ausbildung:** Kapazitäten ausbauen, um den erhöhten Personalbedarf zu decken und den demografischen Wandel aufzufangen.
- **Tarifliche Ausbildungsentgelte:** Im Sinne der Attraktivitätssteigerung einführen.
- **Qualifizierungsstandards:** Wieder spürbar erhöhen – ein Absenken über die Erweiterung des Katalogs für zweite/dritte Kräfte ist kontraproduktiv.
- **Dritte Kraft in Kindergartengruppen:** Vorziehen, denn die dadurch verbesserte Betreuungsquote (Fachkraft-Kind-Relation) darf nicht erst in fünf Jahren eingeführt werden.
- **Weitere Aufgaben neben der Betreuung:** Mehr Zeit für Leitungsaufgaben, Praxis- und Ausbildungsanleitung sowie Verfügungszeiten sicherstellen.

FACHKRAFT-KIND-RELATION IN NIEDERSÄCHSISCHEN KITAS



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2021; eigene Darstellung

■ Niedersachsen ■ Empfohlener Personalschlüssel

Für verlässliche Unterrichtsversorgung in Niedersachsen.

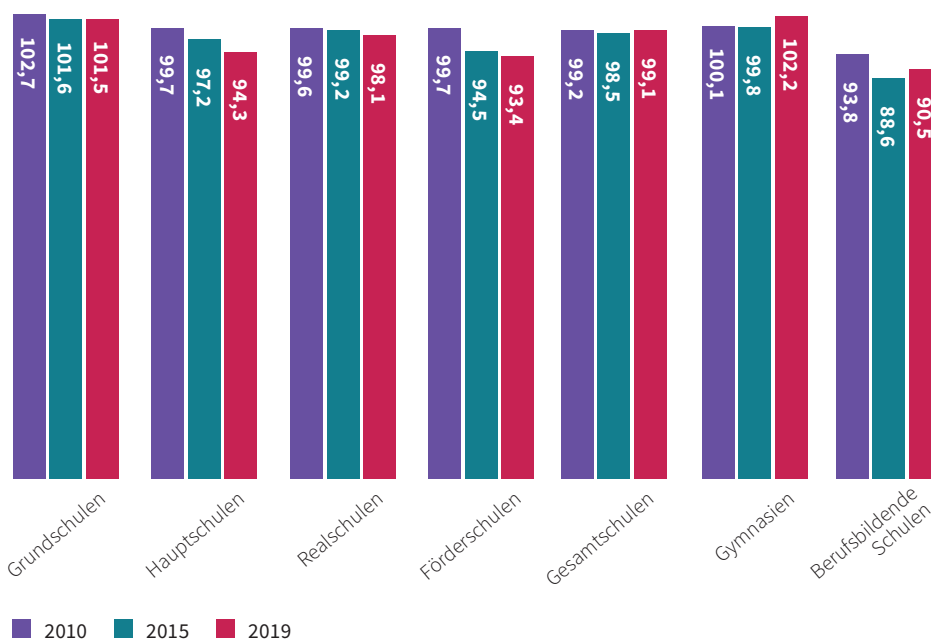
Die Unterrichtsversorgung in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen unterscheidet sich stark, wobei sich auch bei den allgemeinbildenden Schulen große Differenzen zwischen Gymnasien sowie Haupt- und Förderschulen auftun. Der Pflichtunterricht ist in den meisten Fällen sichergestellt, doch die Anforderungen an Schulen wie die Umsetzung der Inklusion, Ganztagsbetreuung in Grundschulen, die Vermittlung von digitaler Medienkompetenz, Berufsorientierung oder auch der Einsatz multiprofessioneller Teams steigen kontinuierlich – und dafür fehlen ausreichend Ressourcen finanzieller und personeller Art. Diese halten mit den stetig wachsenden Entwicklungen und Herausforderungen an Schule schon seit Jahren nicht mehr Schritt.

Und die wachsenden Anforderungen sowie die mangelhafte Finanzierung sind gewichtige Gründe, die einer echten Chancengleichheit im Bildungssystem massiv im Weg stehen. Nötig sind mehr Lehramtsstudienplätze für Bedarfsfächer und Inklusion, ein Stufenplan zur dauerhaften Einstellung von mindestens 7000 zusätzlichen Lehrkräften, die an Niedersachsens Schulen fehlen, ein attraktives und inklusives Lern- und Lehrumfeld für alle sowie ausreichende Investitionen in marode Schulgebäude und die Digitalisierung – in allen Schulformen! Die regionale Ausgeglichenheit der Schulstandorte muss dabei besonders berücksichtigt und vor allem der ländliche Raum gestärkt werden.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Lehramtsstudienplätze:** Insbesondere für Bedarfsfächer an Berufsschulen und für Inklusion das Angebot ausbauen und den Studiengang der Sozial- und Sonderpädagogik für Berufsschulen in Hannover wieder einrichten.
- **Berufsschulpakt:** Von Land und Kommunen ins Leben rufen, um gemeinsam mit den relevanten Akteur*innen der Berufsbildung die duale Berufsausbildung zukunftsfest aufzustellen – Ziel muss sein, die Standorte der berufsbildenden Schulen personell und finanziell dem tatsächlichen Bedarf entsprechend auszustatten sowie moderne Lehr- und Lernmittel (z. B. Ausbildungsanlagen) und bedarfsgerechte Lehr- und Lernkonzepte zu entwickeln.
- **Digitalisierung:** Durch einen Digitalpakt für alle Schulen die Infrastruktur und das IT-Personal ausbauen, digitale Endgeräte für Lehrer*innen und weitere Personalkräfte beschaffen und auch die Befähigung der Lehrer*innen, digitale Medienkompetenz zu vermitteln, sicherstellen. Dabei müssen die Personalräte mitbestimmen.
- **Inklusion:** An allen Schulen durchgängig umsetzen, um ein inklusives Lehr- und Lernumfeld zu gewährleisten – Förderschulen sind nicht zielführend für eine inklusive Gesellschaft.
- **Fort- und Ausbildungsangebote:** Für Lehrkräfte bedarfsgerecht ausbauen und die wissenschaftliche und praxisorientierte Perspektive einschließen.

UNTERRICHTSVERSORGUNG IN NIEDERSACHSEN (IN PROZENT)



- **Multiprofessionelle Teams:** Schulsozialarbeiter*innen, pädagogische Fachkräfte, IT-Fachkräfte u. v. m. als integrale Bestandteile an Schulen etablieren, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Land stehen müssen.
- **Lernortkooperation:** Verbessern, um Berufsschulen mit Betrieben, überbetrieblichen Bildungsstätten und Bildungsträgern stärker zu vernetzen.

Quelle: Die niedersächsischen allgemeinbildenden Schulen in Zahlen, 2020; Die niedersächsischen berufsbildenden Schulen in Zahlen 2020; eigene Darstellung

Für eine gute berufliche Bildung in Niedersachsen.

Berufsbilder und Kompetenzfelder ändern sich durch die Transformation der Arbeitswelt – unklar ist jedoch, inwiefern. In solchen Umbruchsituationen ist das lebenslange Lernen umso wichtiger: Die Ausbildung von Fachkräften und deren adäquate und qualitativ hochwertige Weiterbildung sind der Schlüssel, um die Transformation bewältigen zu können. Es ist also paradox: Die Wirtschaft sucht händeringend Fachkräfte, um wettbewerbsfähig zu bleiben, und verkennt dabei, dass Auszubildende die zukünftigen Fachkräfte sind. Was wir seit Jahren erleben, ist eine genau entgegengesetzte Entwicklung bei der Quote der ausbildenden Betriebe – immer weniger Betriebe bilden in Niedersachsen aus. Vor der Corona-Pandemie lag die Quote bei nur noch 22,7 Prozent. Dabei ist eine abgeschlossene Berufsausbildung eine zentrale Voraussetzung für den erfolgreichen Einstieg ins Erwerbsleben. Wenn Unternehmen Fachkräfte brauchen, dann müssen sie diese entsprechend ausbilden. Ohne Ausbildung landen viele junge Menschen im Niedriglohnsektor mit schlechten Arbeitsbedingungen und kaum Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Diese Entwicklung wirkt sich auf das gesamte Berufsleben bis hin zur Rente aus.

Fakt ist, dass Niedersachsen bereits vor der Corona-Pandemie seit Jahren einen angespannten Ausbildungsmarkt hatte. Auf 100 Ausbildungssuchende kamen nur rund 90 Ausbildungsplätze. Durch die Pandemie und ihre Folgewirkungen droht in den kommenden Jahren ein weiterer Einbruch der Ausbildungsverträge und somit ein hausgemachter Fachkräftemangel.

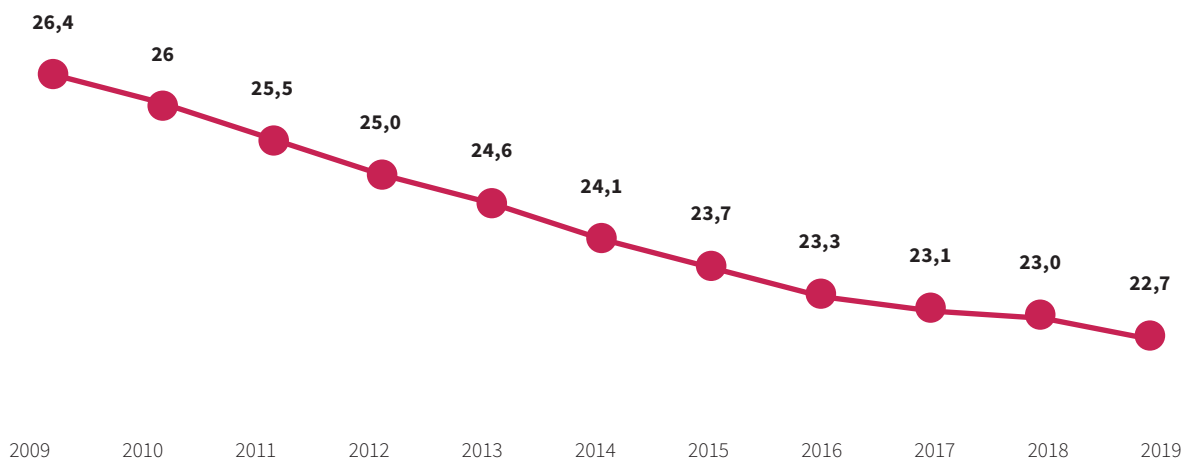
Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Berufsorientierung:** An allen Schulformen in Form eines Ankerfachs strukturiert einführen.
- **Jugendberufsagenturen:** Flächendeckend einführen, um so den Verbleib aller Schulabgänger*innen zu erfassen und für eine gemeinsame Maßnahmenplanung von Jobcenter, BA und Jugendhilfe zu sorgen.
- **Ausbildungsplatzgarantie:** Einführen, damit Jugendlichen, die trotz aller Anstrengungen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, dennoch der Weg zu einem Berufsabschluss ermöglicht wird.
- **Ausbildungsfinanzierung:** Durch einen Zukunftsfonds solidarisch finanzieren, indem Betriebe entsprechend ihres Personalbestandes eine Umlage in den Zukunftsfonds zahlen – bilden sie selbst aus, erhalten sie einen Teil der Ausbildungskosten zurück.

»Die Wirtschaft sucht händeringend Fachkräfte, um wettbewerbsfähig zu bleiben, und verkennt dabei, dass Auszubildende die zukünftigen Fachkräfte sind.«

ENTWICKLUNG DER QUOTE DER AUSBILDUNGSBETRIEBE IN NIEDERSACHSEN

Angaben in Prozent aller Betriebe



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung 2011–2021; eigene Darstellung

Für zukunftsfeste Hochschulen in Niedersachsen.

Die Hochschulen eines Landes sind ein wichtiger Standortfaktor – für die Studierenden und somit die zukünftigen Fachkräfte, für Wissenschaftler*innen und für Unternehmen. Um diesen Faktor nicht zu gefährden, ist es unabdingbar, dass die bauliche, personelle und digitale Infrastruktur der Hochschulen in einer hohen Qualität gewährleistet wird. Bei den Gebäuden der Hochschulen sind beträchtliche Investitionsbedarfe aufgelaufen, die nicht weiter aufgeschoben werden dürfen. Hochschulen brauchen renommierte Wissenschaftler*innen, um landesweit, national und international anerkannt zu werden. Sie benötigen aber zugleich den wissenschaftlichen Mittelbau, der hochwertige Forschung und Lehre leistet, und die Mitarbeiter*innen aus Technik und Verwaltung. Gute Arbeitsbedingungen sichern gutes Personal – prekäre Arbeitsbedingungen mit Befristungsquoten von 88 Prozent (Mittelbau) und 18 Prozent (Technik/Verwaltung) sind nicht hinnehmbar. Respekt und Wertschätzung allen Mitgliedergruppen der Hochschulen gegenüber spiegelt sich in diskriminierungsfreien und paritätischen Entscheidungsrechten wider.

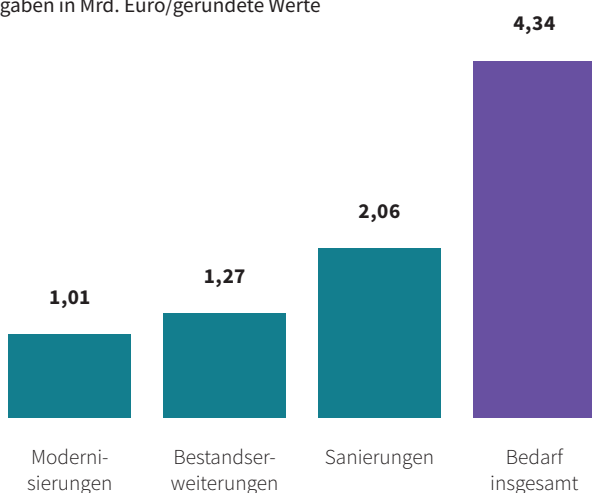
Nötig ist eine konjunkturunabhängige Finanzierung für Forschung und Lehre mit einer breit gefächerten Themenvielfalt und die Ermöglichung kritischer Wissenschaft. Die digitale Transformation muss gelingen, ohne grundständige Studienfächer und ihre Methoden in Konkurrenz zu technischen und digitalisierten Studiengängen zu stellen.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Hochschulbau:** Investitionen mittels eines NFonds und einer Niedersächsischen Hochschulentwicklungsgesellschaft im Rahmen der Schuldenbremse finanzieren.
- **Hochschulfinanzierung:** Dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der Hochschulen sicherstellen sowie die in der Mittelfristigen Finanzplanung festgelegten globalen Minderausgaben zurücknehmen.
- **Zukunftsvertrag Studium und Lehre:** Verpflichtungserklärung revidieren und somit dem akademischen Mittelbau und den Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung langfristige und planbare Karrierewege ermöglichen sowie Dauerstellen für Daueraufgaben vorhalten.
- **Demokratie in Hochschulen:** Parität aller Statusgruppen in Gremien einführen. Teilzeitbeschäftigte müssen als Mitglieder der Hochschulen zählen und somit mitbestimmen können.
- **TVStud:** Einsetzen für einen bundesweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte – falls dies nicht zum Erfolg führen sollte, Tarifvertrag auf Landesebene mit ver.di und GEW verhandeln.

INVESTITIONSBEDARFE DES HOCHSCHULBAUS IN NIEDERSACHSEN

Angaben in Mrd. Euro/gerundete Werte



Quelle: Kommission zur Situation des Hochschulbaus in Niedersachsen 2019; eigene Darstellung

»Respekt und Wertschätzung allen Mitgliedergruppen der Hochschulen gegenüber spiegelt sich in diskriminierungsfreien und paritätischen Entscheidungsrechten wider.«

Für einen attraktiven öffentlichen Dienst in Niedersachsen.

Effiziente und bürgernahe Verwaltungen sowie ein breites Angebot an öffentlichen Dienstleistungen sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Die Arbeitsbedingungen von Landesbeschäftigten und -beamt*innen, die für diese hohe Qualität sorgen, müssen deshalb deutlich verbessert werden. Das Land muss eine Kultur der echten Wertschätzung leben, wenn es als Arbeitgeber attraktiv sein will.

Kürzungen und Privatisierungen haben dazu geführt, dass die Personaldecke ausgedünnt ist. Die Belastungen für Beschäftigte sind auch im Ländervergleich deutlich angestiegen – in öffentlichen Ämtern, Bildungsstätten und Polizeidienststellen oder bei der Kinder- und Krankenbetreuung. Verschärft wird die Situation durch schlechtere Besoldung und Versorgung oder durch Befristungen.

Ziel muss ein handlungsfähiger Landesdienst sein, der stets – auch in Krisensituationen – seine Aufgaben erfüllen kann. Es darf keine Konsolidierungspolitik auf Kosten der Beschäftigten geben.



VERGLEICH DER A9-JAHRESBRUTTOBESOLDUNG (EINGANGSSTUFE) NACH BUNDESLÄNDERN

Angaben in Euro/Stand Juni 2021

BY	37 364
SH	35 796
HH	35 581
BW	35 488
RP	35 296
BE	34 984
HE	34 948
...	
MV	34 483
NI	34 278
SL	33 927

Quelle: DGB-Personalreport Öffentlicher Dienst 2021; eigene Darstellung

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Fachkräftesicherung:** Fachkräfte offensiv anwerben, ausbilden, einstellen und weiterbilden sowie parallel den Beförderungsstau auflösen und befristete Einstellungen reduzieren.
- **Lebenslanges Lernen:** Ein Bildungszeitgesetz auf den Weg bringen, das auch für Beamt*innen gilt und so einen Beitrag für Entwicklung und Flexibilität leisten.
- **Bezahlung:** Tarifiergebnisse zeit- und wirkungsgleich auf Beamt*innen übertragen, um mit der Preis- und Lohnentwicklung in der freien Wirtschaft Schritt zu halten.
- **Pensionen:** Gute Versorgung und die Übertragung von Tarifiergebnissen sicherstellen sowie Sonderzahlungen und die Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen sicherstellen.
- **Pauschale Beihilfe:** Beamt*innen, die freiwillig gesetzlich krankenversichert sind, durch eine pauschale Beihilfe unterstützen, damit nicht Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag selbst getragen werden müssen.
- **Digitalisierung:** Investitionen in eine offensive Digitalisierung vornehmen, um sichere und anwendungsorientierte Hard- und Software auf- und auszubauen sowie die Beschäftigten zu qualifizieren.
- **Mitbestimmung:** Das niedersächsische Personalvertretungsrecht für die digitale Arbeitswelt so novellieren, dass die Rechte der Personalräte gestärkt und ausgebaut werden.
- **Gesundheitsschutz:** Durch mehr Personal Arbeitsverdichtung und Überstunden entgegenwirken und insbesondere für Beschäftigte mit vielen Kontakten wie Erzieher*innen, Schulbeschäftigten oder Polizist*innen eindeutige Regelungen treffen, die ihre Gesundheit schützen.
- **Gewaltprävention:** Der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte bei Polizei, Rettungsdiensten oder Feuerwehr begegnen und dafür Beratungs- und Schulungsangebote ausbauen, Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften einrichten und einen besseren Schutz persönlicher Daten der Beschäftigten garantieren.

Für Gleichstellung und ein diskriminierungsfreies Niedersachsen.

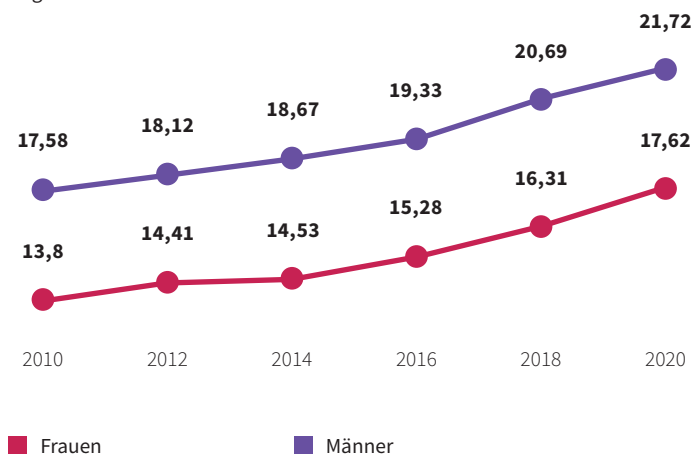
Die nachweisbare Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Privatleben zeigt deutlich: Es braucht eine nachhaltige und strukturelle Gleichstellung von Frauen – gleicher Lohn und gleiche Bedingungen bei gleicher Arbeit unabhängig von der geschlechtlichen Zuordnung. In Niedersachsen liegt der aktuelle Gender Pay Gap – die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern – bei 19 Prozent. Dieses Ungleichgewicht ergibt sich u. a. aus der deutlich geringeren Präsenz von Frauen in Führungspositionen sowie einer höheren Repräsentation in den so genannten frauendominierten Branchen, welche durchschnittlich eine geringere Bezahlung, weniger Tarifbindung und auch sonst schlechtere Rahmenbedingungen aufweisen.

Die arbeitsmarktbezogene Diskriminierung gegenüber Frauen ist insofern aus mehreren Perspektiven zu betrachten, als dass sie sich darüber hinaus auch in Erfahrungen der (sexualisierten) Gewalt widerspiegelt. Auch die Mehrfachdiskriminierung von Frauen mit Migrationsgeschichte ist hier mitzudenken.

Diskriminierungsfreie und auf Gleichstellung ausgerichtete Arbeitsbedingungen und -modelle fördern nicht nur die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen und wirken dem deutlich höheren Armutsrisiko entgegen, sondern tragen auch zu einer Umverteilung der erwerblichen und innerfamiliären Sorgearbeit bei.

DURCHSCHNITTliche BRUTTOSTUNDENLÖHNE NACH GESCHLECHT IN NIEDERSACHSEN

Angaben in Euro



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen 2021; eigene Darstellung

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Den Druck erhöhen, um eine verstärkte und einheitliche Tarifbindung (z. B. in der Pflege) für Frauen zu ermöglichen.
- **Frauendominierte Branchen:** Für bessere Bezahlung und mehr gesellschaftliche Anerkennung einsetzen, etwa in der Pflege, bei Erziehungsberufen oder auch im Handel und somit den Weg für eine angemessene Personalbemessung und Verbesserungen weiterer Rahmenbedingungen ebnen.
- **Gleichstellungspolitische Gesetze und Strukturen:** Das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG) novellieren und das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz zum Schutz des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten dahingehend ändern, dass eine begründete Abberufung der hauptberuflich beschäftigten Gleichstellungsbeauftragten nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln erfolgen darf.
- **Führungspositionen:** Sich für verstärkte Fort- und Weiterbildungsangebote, die Etablierung von Führungsmodellen in Teilzeit und für mehr Frauen in Führungspositionen einsetzen.
- **Beratungs- und Schutzangebote:** Im Hinblick auf sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt im digitalen Raum ausbauen und Subventionierung verstärken.
- **Istanbul-Konvention:** Engagement der Landesregierung für deren Einhaltung verstärken.
- **Betreuungseinrichtungen:** Durch mehr öffentliche Investitionen stärken und so die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf erleichtern.
- **Parität:** In Krisenstäben und in politischen Parlamenten befördern und somit das Einbringen frauenpolitischer Belange und gendersensibler Betrachtungsweisen stärken.
- **Arbeitszeitmodelle:** Auf der Bundesebene für ein verbessertes Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit und mehr Unterstützung von flexiblen Arbeitszeitmodellen einsetzen und somit Schutz vor erwerblichen Einbußen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen.
- **Internationaler Frauentag:** Den 8. März als gesetzlichen Feiertag verankern.

Für ein starkes Gesundheitssystem und gute Pflege in Niedersachsen.

Zehntausende Beschäftigte engagieren sich in der niedersächsischen Kranken- und Altenpflege und gehen dabei oft über ihre Grenzen hinaus: In der Altenpflege erwartet derzeit nur jede*r Fünfte, diese Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben zu können.

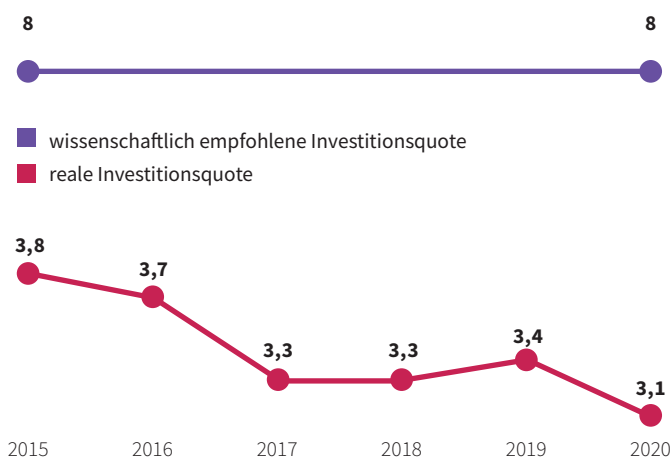
Seit über einer Dekade herrscht in Krankenhäusern wie Pflegeheimen ein pflegerischer Notstand, die Pandemie hat diese Defizite schonungslos offengelegt. Mit der Herausnahme des Pflegepersonals in Krankenhäusern aus den Fallpauschalen hat die Politik einen ersten richtigen Schritt gemacht. Dies kann aber nur ein Anfang sein. Das System der Fallpauschalen hat zu Fehlentwicklungen wie dem Abbau nicht-ärztlicher Stellen und der Ausgliederung von Arbeiten in Tochtergesellschaften beigetragen. Auch die Infrastruktur wurde zu lange vernachlässigt: Die Kliniken im Land weisen einen Investitionsstau von 2,2 Mrd. Euro auf, die Investitionsquote entspricht seit Jahren nicht einmal der Hälfte des Notwendigen. Gesundheit und Pflege unterliegen schon viel zu lang dem Leitprinzip der Gewinnorientierung, Finanzinvestoren machen auf Kosten der Beschäftigten und der Pflegebedürftigen enorme Gewinne. Es ist höchste Zeit für eine Renaissance eines öffentlichen und gemeinwohlorientierten Gesundheitswesens.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Tarifbindung:** Für eine vollständige Refinanzierung von Tariflöhnen in der Altenpflege und dem Rettungsdienst durch die Kostenträger eintreten.
- **Investitionskostenförderung:** Die Landesmittel in einem ersten Schritt auf mindestens 250 Millionen Euro pro Jahr erhöhen und ausschließlich Einrichtungen berücksichtigen, deren Arbeitsbedingungen mindestens dem branchenüblichen Tarifvertrag entsprechen.
- **Krankenhausplanung:** Städte und Gemeinden bei der Rekommunalisierung von Krankenhäusern durch Hilfen und Kredite des Landes unterstützen – Schließungen von Einrichtungen allein aufgrund finanzieller Gründe ausschließen.
- **Personalausstattung:** Eine Bundesratsinitiative zur Umsetzung von PPR 2.0 in den Krankenhäusern auf den Weg bringen und ein entsprechendes Instrument auch in der Altenpflege umsetzen.
- **Bürgervollversicherung:** Auf Bundesebene dafür einsetzen, ebenso Initiativen zur Abschaffung der Fallpauschalen in der Krankenhausfinanzierung und der kurzfristigen Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen starten.

REALE UND NOTWENDIGE KRANKENHAUS-INVESTITIONSQUOTE IN NIEDERSACHSEN

Angaben in Prozent



»Seit über einer Dekade herrscht in Krankenhäusern wie Pflegeheimen ein pflegerischer Notstand, die Pandemie hat diese Defizite schonungslos offengelegt.«

Quelle: Dt. Krankenhausgesellschaft 2017-2020, LT-Drucksache 18/8650 & Krankenhaus-Planungsausschuss 2021; eigene Darstellung

Für ein Niedersachsen der Diversität und Weltoffenheit.

Die Gesellschaft Niedersachsens ist vielfältig und somit auch die Bedarfe und Wünsche der Bürger*innen. In Niedersachsen hatte 2019 rund jede fünfte Person eine Migrationsgeschichte. Niedersachsen vereint somit seit mehreren Generationen viele verschiedene Menschen sowohl mit Migrations- als auch Fluchtgeschichte.

Um diese Diversität des Bundeslandes zu stärken und eine nachhaltige Integration zu gewährleisten, braucht es ein vielfältiges und stabiles Netz an Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Dabei ist insbesondere die Arbeitsmarktintegration von großer Bedeutung. Personen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sind überwiegend prekär beschäftigt und vor allem Frauen auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert.

Bürger*innen müssen frühzeitig und auf allen Ebenen beteiligt und informiert werden und keine Person darf aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung ausgeschlossen werden. Nur durch die Beteiligung und Mitgestaltung aller hat Vielfalt Bestand.

Zudem braucht es eine entschlossene Haltung gegen jede Form von Diskriminierung, Hass und Menschenfeindlichkeit. Zahlreiche Akteure, Vereine und migrantische Selbstorganisationen sind hier engagiert und müssen dabei gestärkt werden. Fest benannte Ansprechpartner*innen, u. a. in Form von Antidiskriminierungsstellen, geben nicht nur Rückenwind, sondern auch Garantien.

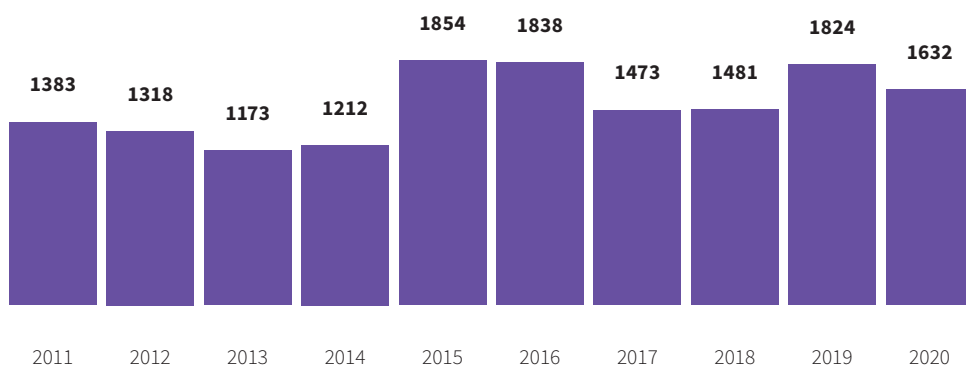
Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Migrationsberatung:** Finanzielle Mittel in den Haushaltsplanungen erhöhen und so ein breites Angebot für die Integration in Niedersachsen sichern – neben bedarfsgerechten Angeboten zu den verschiedenen alltäglichen Herausforderungen insbesondere Beratung rund um den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt, Qualifizierungen und die Ausbildungsmöglichkeiten verstetigen.
- **Ehrenamtliches Engagement:** Förderung und Honorierung im Bereich Migration, Integration und Demokratieförderung ausbauen.
- **Antidiskriminierungsarbeit:** Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit gegen Populismus und jede Form von politischer Diskriminierung, Hass und Fremdenfeindlichkeit ausbauen und relevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen Materialien und eine Übersicht an Beratungs- und Bildungsangeboten zur Verfügung stellen.
- **AfD und extreme Rechte:** Gemeinsame Erklärungen zur Stärkung des demokratischen Konsens zwischen allen demokratischen Parteien anstreben und regelmäßige Fort- und Weiterbildungen zum Umgang mit rechter Propaganda und Hetze im landespolitischen Geschehen sicherstellen.
- **Transparenz:** Politische Entscheidungsfindungsprozesse transparent und nachvollziehbar gestalten, um mehr Verständnis und Rückhalt für demokratische Prozesse sicherzustellen.
- **Partizipation:** Marginalisierte Gruppen und migrantische Verbände in Entscheidungsfindungsprozesse oder die Konzeption von landespolitischen Maßnahmen verlässlich einbeziehen.

zesse oder die Konzeption von landespolitischen Maßnahmen verlässlich einbeziehen.

- **Netzwerk für Demokratie und Courage:** Landesnetzstelle in Niedersachsen mit ausreichend Personal- und Sachmitteln aufbauen.

ANZAHL RECHTER STRAFTATEN IN NIEDERSACHSEN



Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport; eigene Darstellung

Für ein sicheres und gemeinwohlorientiertes Niedersachsen.

Die Menschen in Niedersachsen vertrauen in einen aktiven Staat, der allen, die hier leben, ein selbstbestimmtes, sozial abgesichertes und sicheres Leben garantiert. Dazu gehören neben dem sozialen Frieden auch die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und die bestmögliche Gewährleistung der Sicherheit jedes und jeder Einzelnen. In unserer demokratischen Gesellschaft hängt der Zusammenhalt direkt von der Achtung gemeinsam bestimmter Regeln ab. Sicherheit hat für unser Bundesland deshalb einen hohen Stellenwert.

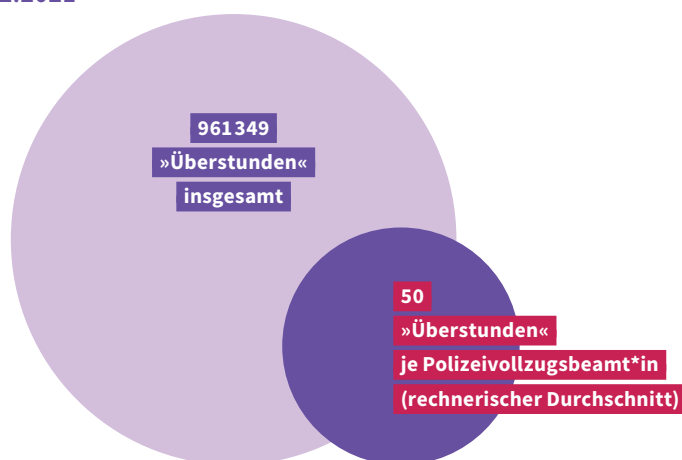
Die Menschen müssen sich in ihrem Wohnumfeld, bei der Arbeit und unterwegs stets sicher fühlen können. Dazu bedarf es eines funktionierenden, demokratischen Rechtsstaats, gut ausgestatteter Sicherheitsbehörden und einer verstärkten Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Sicherheit ist auf keinen Fall alleinige Aufgabe der Polizei, sondern eine Querschnittsaufgabe, die in Niedersachsen in Form von tragfähigen Konzepten mit ausreichend Perspektiven und Investitionen und in einem offenen gesellschaftlichen Diskurs vorangetrieben werden muss. Innere Sicherheit wird stabilisiert durch gesellschaftliche Integration, soziale Gerechtigkeit, eine Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und die Stärkung der Demokratie.

Grundlage all dessen muss der Erhalt der staatlichen Handlungsfähigkeit sein. Deshalb müssen Privatisierungen staatlicher Aufgaben und zentraler öffentlicher Leistungen entschieden ein Riegel vorgeschoben werden.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Personal:** Polizei und Justiz landesweit besser personell ausstatten.
- **Digitalisierung:** Sicherheitsbehörde besser digital ausstatten und vernetzen, Beschäftigte entsprechend qualifizieren.
- **Prävention:** Regionale Präventionsbeiräte und -netzwerke anregen sowie Angebote etwa der Jugend- und Sozialarbeit, der Integrationsarbeit oder der Bildungsarbeit sowie die Unterstützung des Ehrenamts ausbauen.
- **Städtebauliches Maßnahmenprogramm:** Niedersächsische Kommunen bei der sicherheitsförderlichen Gestaltung des öffentlichen Raums unterstützen.
- **Liegenschaften:** Starkes Investitionsprogramm gegen den Verfall maroder Dienstgebäude anstoßen.
- **Zahlungen:** Löhne, Gehälter und Zulagen insbesondere im Vergleich zu anderen Bundesländern sowie dem Bund auf vergleichbares Niveau heben, damit auch zukünftig ausreichend Personal für die Garantie der Sicherheit in Niedersachsen zur Verfügung steht.
- **Organisation:** Stellengefüge an gestiegene Herausforderungen in der Polizei anpassen.
- **Gesundheitsschutz:** Dienstunfallfürsorge bei der Polizei verstärken.
- **Arbeitszeit:** Bedingungen für Schichtdienstleistende verbessern.

BESTAND AN MEHRARBEIT UND ZEITGUTHABEN BEI NIEDERSÄCHSISCHEN POLIZEIVOLLZUGSBEAMT*INNEN ZUM 31.12.2021



Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport; eigene Darstellung

»Innere Sicherheit wird stabilisiert durch gesellschaftliche Integration, soziale Gerechtigkeit, eine Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und die Stärkung der Demokratie.«

Für einen sozialen Arbeitsmarkt in Niedersachsen.

Schon vor der Corona-Krise war es für Langzeitarbeitslose schwer, wieder in Arbeit zu kommen – nun hat sich die Lage noch zugespitzt: Während die Arbeitslosigkeit insgesamt im Zwei-Jahres-Rückblick fast unverändert ist, stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen um knapp 40 Prozent. Häufig fehlt es an nötiger Qualifizierung, da Jobcenter stattdessen stärker auf kurze Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung setzen. Maßnahmen der beruflichen Bildung hingegen sind sehr selten. Grundsätzlich ist eine ausschließliche Orientierung in Richtung erster Arbeitsmarkt für die betroffene Personengruppe nicht zielführend.

Nötig ist eine Landesinitiative zum Ausbau von öffentlich geförderter gemeinnütziger Beschäftigung, die zusätzliche Vorteile durch den Ausbau von Infrastruktur und verbesserten öffentlichen Dienstleistungen erzielen kann. Ein sozialer Arbeitsmarkt mit regulären Arbeitsverträgen und tariflicher Bezahlung ist für die wirksame Eindämmung von Langzeitarbeitslosigkeit essentiell. Mit dem Teilhabechancengesetz können Arbeitslosengeld-II-Bezieher*innen leichter mit Zuschüssen gefördert werden.

Gerade für gemeinnützige Träger und Kommunen sind diese Zuschüsse aber nicht kostendeckend. Da sie mit den Beschäftigten in der Regel auch keine Gewinne erzielen, wird diese Möglichkeit aus finanziellen Gründen zu selten genutzt.

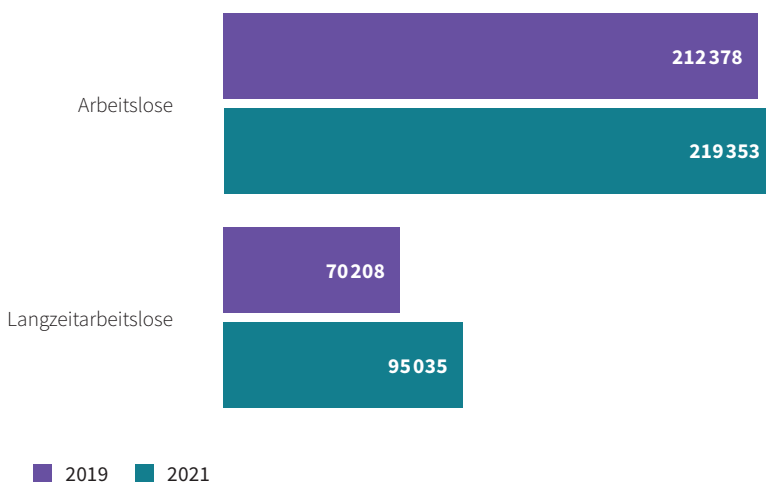
Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Weiterbildung:** Durch aktive Arbeitsmarktpolitik ansetzen und die Berufsausbildung von Erwerbslosen stärker fördern.
- **Langzeitarbeitslosigkeit:** Teilhabechancengesetz nutzen und ein Programm zur Kofinanzierung für gemeinnützige Träger und Kommunen auflegen, da diesen oft die erforderlichen Mittel fehlen, um die nötigen Eigenanteile zu leisten; Zusätzlich mit einem eigenen Landesprogramm gemeinnützige und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Langzeitarbeitslose schaffen.
- **Mitbestimmung:** Durch Einrichtung von geförderten gemeinnützigen Arbeitsplätzen keine bestehende Beschäftigung ersetzen, sondern Angebote ausweiten und bei geförderten Arbeitsverhältnissen einvernehmlich mit dem Personal- bzw. Betriebsrat handeln.

»Ein sozialer Arbeitsmarkt mit regulären Arbeitsverträgen und tariflicher Bezahlung ist für die wirksame Eindämmung von Langzeitarbeitslosigkeit essentiell.«

ARBEITSLOSIGKEIT IN NIEDERSACHSEN

Stichtag 31. Dezember



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung

Für Qualifizierung und Weiterbildung in Niedersachsen.

Gut qualifizierte Fachkräfte sind das Rückgrat der Wirtschaft. Sie sorgen für ein breites Angebot an Waren und Dienstleistungen, die allen zugutekommen. Inzwischen treten in bestimmten Branchen Engpässe an qualifiziertem Personal auf. Vor diesem Hintergrund kommt der beruflichen Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu. Die Weiterbildungsbeteiligung stagnierte jedoch schon vor der Pandemie, mit der Krise ist sie massiv eingebrochen. Besonders problematisch ist die Ungleichheit der Teilnahmechancen: Beschäftigte ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung oder mit Migrationshintergrund sind deutlich seltener vertreten. Insbesondere die Transformation in der Industrie kann aber nur durch mehr Investitionen in die Potentiale der Arbeitnehmer*innen gestaltet werden.

Jede fünfte Fachkraft erhält einen Niedriglohn unter 11,50 Euro. Klagen der Arbeitgeber über einen Fachkräftemangel in Niedriglohnbranchen wie der Leiharbeit oder dem Gastgewerbe sind daher nicht angemessen. Tatsächlich gibt es dort eine hohe Fluktuation und viele offene Stellen – das ist aber kein Mangel, sondern Ausdruck von schlechter Bezahlung und unzureichenden Arbeitsbedingungen. Insgesamt existiert kein flächendeckender Fachkräftemangel in Niedersachsen: In den meisten Berufen gibt es immer noch mehr arbeitssuchende Fachkräfte als freie Stellen. Diese brauchen ebenfalls passgenaue Angebote zur Weiterbildung.

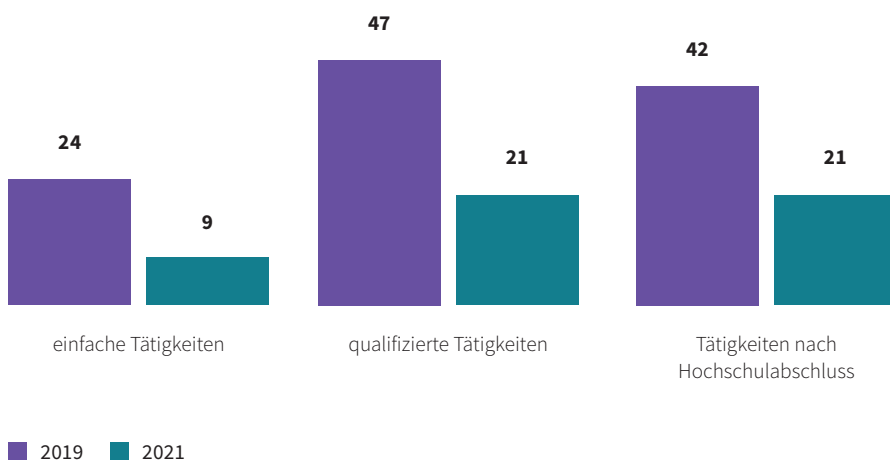
Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Weiterqualifizierung:** Niedersachsen zum Vorreiter der betrieblichen Weiterbildung und -qualifizierung machen.
- **Arbeitsförderung:** Landesprogramme zur Weiterbildungsförderung von Beschäftigten massiv ausbauen und dabei Geringqualifizierte unabhängig von der Unternehmensgröße fördern.
- **Erwachsenenbildung:** Nachhaltige Finanzierung sicherstellen (insbesondere bei der Integration von Geflüchteten) und Sondermittel erhöhen; Verdopplung der Finanzhilfe nach dem NBEG als Sofortmaßnahme, langfristig soll mindestens ein Prozent des Bildungshaushaltes für den Erwachsenenbereich zur Verfügung gestellt werden.
- **Förderung nur bei Tarifbindung:** Förderung in der Erwachsenenbildung erfolgt nur an Träger, die der Tarifbindung unterliegen (Tariftreueerklärung).

»Insgesamt existiert kein flächendeckender Fachkräftemangel in Niedersachsen: In den meisten Berufen gibt es immer noch mehr arbeitssuchende Fachkräfte als freie Stellen.«

BESCHÄFTIGTE IN WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN IN NIEDERSACHSEN

Angaben in Prozent



Quelle: Beschäftigungstrend 2020 Niedersachsen; eigene Darstellung

Für Klimaschutz und gesunde Wälder in Niedersachsen.

Die Wälder erfahren deutschland-, europa- und weltweit eine radikale Veränderung der klimatischen Bedingungen. Für alle ist inzwischen sichtbar, mit welcher rasanten Geschwindigkeit sich der Klimawandel auch auf die niedersächsischen Wälder auswirkt. Sturmschäden und Dürre führten im Jahr 2018 zu einer extremen Schädlingsplage, die sich jetzt fortsetzt. Zu den umfangreichen Waldbränden kamen das flächenweise Vertrocknen von Neuanpflanzungen und viele weitere Schädigungen der Bäume. Auch die aktuellen Ergebnisse der Waldzustandsberichte dokumentieren diese Entwicklung.

Die Bundesländer versuchen, die katastrophale Situation in den Wäldern mit verschiedensten Vorhaben zu meistern oder zumindest abzuschwächen. Um den Wald besser an den Klimawandel anzupassen, muss er großflächig aktiv umgebaut und zielgerichtet gepflegt werden.

Dafür braucht es Menschen, die im und für den Wald arbeiten. Zur Rettung unserer Wälder ist qualifiziertes Fachpersonal nötig, das sich im Wald gut auskennt. Seit Jahren stagniert jedoch die Anzahl der aktiven Mitarbeiter*innen der Niedersächsischen Landesforsten, im Vergleich zum Jahr 2005 liegt sogar ein Abschmelzen des Niveaus um knapp 20 Prozent vor. Hier muss gegengesteuert werden, denn der Wald erfüllt wichtige Aufgaben, die uns alle angehen. Er produziert sauberes Trinkwasser, ist Lebensraum für gefährdete Tiere und Pflanzen, stellt Holz als Rohstoff her, bindet CO₂ und ist für uns alle ein Ort der Erholung. Die Beschäftigten im Wald sind für all dies die Garanten.

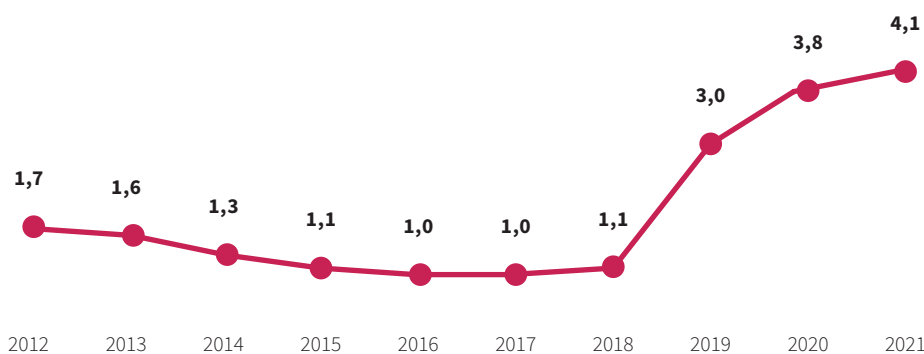
Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Finanzierung:** Sparmaßnahmen in den öffentlichen Forstverwaltungen und Forstbetrieben unverzüglich stoppen.
- **Personal:** Aufbau statt Abbau von qualifiziertem Personal in Forstbetrieben und Forstverwaltungen und befristete Beschäftigung in der Daseinsvorsorge beenden.
- **Waldbewirtschaftung:** Hohe Qualitätsstandards zur Sicherung aller Waldfunktionen und zur Gesunderhaltung der Beschäftigten einhalten.
- **Wissenschaftliche Forschung:** In Bezug auf den Umbau der Wälder intensivieren.
- **Umbau:** Neue Techniken, Hilfen und Beratungsangebote entwickeln, um alle Waldbesitzenden beim Erhalt und Umbau ihrer Wälder zu unterstützen.
- **Bildung:** Umweltbildungsangebote ausbauen, denn Wissen schützt.
- **Information:** Die Gesellschaft vorbehaltlos über den Zustand der Wälder informieren und nachhaltig wirksame Entscheidungen zu ihrem Schutz treffen.

»Um den Wald besser an den Klimawandel anzupassen, muss er großflächig aktiv umgebaut und zielgerichtet gepflegt werden.«

ANTEIL STARKER SCHÄDEN, ALLE BAUMARTEN

Angaben in Prozent



Quelle: Waldzustandsberichte Niedersachsen 2012–2021; eigene Darstellung

Für ein starkes Ehrenamt in Niedersachsen.

Ob Freiwillige Feuerwehr, Sportverein, Bürgerinitiative, Schwimmbad, Kommunalpolitik – überall braucht das Gemeinwesen ehrenamtlich tätige Menschen. Wir alle sind darauf angewiesen und nutzen das Ehrenamt wie selbstverständlich. Doch wenn die Politik es unterlässt, Daseinsvorsorge zu organisieren, kann ehrenamtliches Engagement nicht allein die Lücken schließen: Schwimmkurse, Sportangebote für Kinder, Musik machen – all das wird immer mehr dem Ehrenamt aufgebürdet, statt nachhaltige Konzepte zu entwickeln.

Zudem: Das ehrenamtliche Engagement geht zurück. Die Bereitschaft sinkt nicht, aber die Menschen haben schlichtweg weniger Zeit und zu viele Belastungen im Alltag. Und die demografische Entwicklung trägt ihr Übriges dazu bei. Immer mehr Ältere müssen sich altersbedingt aus dem Ehrenamt zurückziehen, während zu wenige Jüngere nachrücken.

Die zunehmende Prekarisierung der Arbeit ist ebenfalls ein Problem. Entgrenzung von Arbeitsort und -zeit, unsichere Arbeitsverhältnisse, wenig Planungssicherheit für Familien und Nebenjobs, um den Lebensunterhalt zu sichern – all dies erschwert ehrenamtliches Engagement. Die Rahmenbedingungen müssen so verbessert werden, dass es ausreichend viele Menschen gibt, die in ihrer Freizeit ein Ehrenamt übernehmen

Fazit: Die ehrenamtlich engagierten Menschen werden mehr, aber sie haben deutlich weniger Zeit für Engagement.

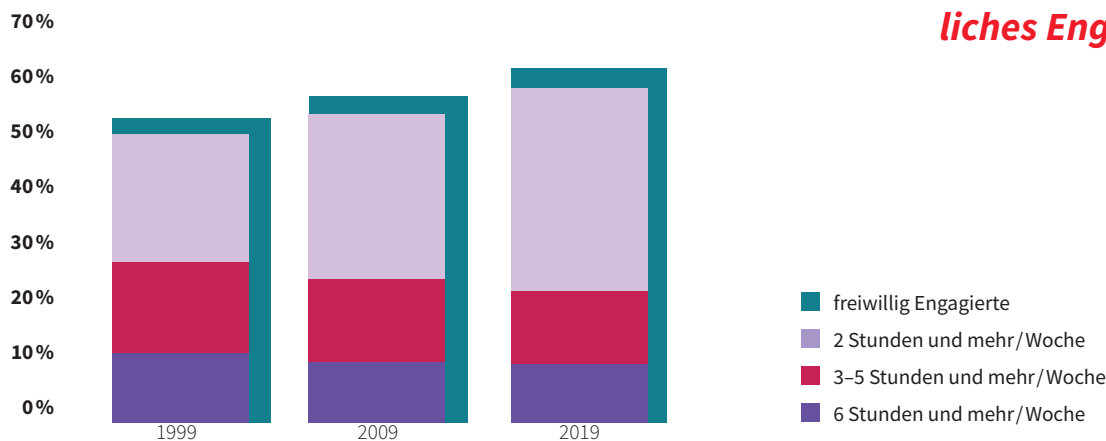
Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Regionale Ehrenamtskampagnen:** Unternehmen für die Unterstützung des Ehrenamtes einwerben.
- **Mentoring-Programme:** Flächendeckende Nachwuchsgewinnung für politischen Mandatsträger*innen initiieren.
- **Ehrenamtszuschale:** Die steuerrechtliche Freistellung von Sachleistungen garantieren.
- **Ehrenamtskarte:** Um kostenlose ÖPNV-Nutzung erweitern.
- **Kinderbetreuung:** Organisation und Finanzierung für kommunalpolitische Mandatsträger*innen gewährleisten.
- **Digitale Technik:** Kostenlose Ausstattung aller kommunalpolitischen Mandatsträger*innen auf den Weg bringen.

»Entgrenzung von Arbeitsort und -zeit, unsichere Arbeitsverhältnisse, wenig Planungssicherheit für Familien und Nebenjobs, um den Lebensunterhalt zu sichern – all dies erschwert ehrenamtliches Engagement.«

ENTWICKLUNG DES EHRENAMTLICHEN ENGAGEMENTS

Anteil der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren



Quelle: BMFSFJ, Freiwilligensurvey 2019; eigene Darstellung

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover

www.niedersachsen.dgb.de

Verantwortlich: Dr. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender DGB-Bezirk

Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Redaktion: Ruben Eick, Heike Robrahn

Gestaltung/Druck: drucktechnik-altona.de

April 2022





www.niedersachsen.dgb.de